



# Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 12.07.2016

## Anwesend

### Vorsitz

Michael Ebling

### Verwaltung

Günter Beck  
Christopher Sitte  
Kurt Merkator  
Karin Eder  
Marianne Grosse

### Stadtratsmitglieder

Baris Baglan  
Andreas Behringer  
Katharina Binz  
Marc-Antonin Bleicher  
Nurhayat Canpolat  
Nora Egler  
Henning Franz  
Alexandra Gill-Gers  
Ansgar Helm-Becker  
Waltraud Hingst  
Dr. Brian Huck  
Ruth Jaensch  
Martin Kinzelbach  
Amin Kondakji  
Walter Koppius  
Martina Kracht  
Daniel Köbler, MdL bis TOP 32  
Sylvia Köbler-Gross  
Thorsten Lange  
Myriam Lauzi  
Dr. Eckart Lensch  
Dr. Sabine Littig  
Dr. Eleonore Lossen-Geißler  
Ann Kristin Pfeifer  
Dr. Christine Pohl  
Jasper Proske  
Ilona Schäfer  
Harald Strutz  
Heinz-Werner Stumpf  
Christian Viering  
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr  
Ute Wellstein  
Sissi Westrich  
Cornelia Willius-Senzer, MdL bis TOP 32  
Christine Zimmer

## Schriftführung

Detlef Blessing

## Entschuldigt fehlen

Claus Berndroth  
Dr. Barbara Both  
Xander Dorn  
Dr. Gerd Eckhardt  
Sabine Flegel  
Thomas Gerster  
Ursula Groden-Kranich, MdB  
Klaus Hafner  
Johannes Klomann, MdL  
Antje Kuessner  
Prof. Dr. Felix Leinen  
Kurt Mehler  
Dr. Christian Moerchel  
Dr. Claudius Moseler  
Thomas Neger  
Anette Odenweller  
Prof. Dr. Michael Pietsch  
Wolfgang Reichel  
Dr. Markus Reinbold  
Uta Schmitt  
Hannsgeorg Schönig  
Claudia Siebner  
Norbert Solbach  
Karin Trautwein  
Dr. Peter Tress

# Tagesordnung

## a) öffentlich

### TEIL II

#### A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

29. Sachstandsberichte
30. Bericht über die Erprobung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Mainz
31. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
32. Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsausschusses und des städt. Revisionsamtes zu den Jahresabschlüssen 2012-2015; Beschlussfassung über die Feststellung der Jahresabschlüsse 2012-2015 und die Entlastung des Oberbürgermeisters, Bürgermeisters und de
33. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel
34. Wirtschaftliche Beteiligungen
35. Kita Friedrich-Ebert-Schule, Neubau mit Krippe, Hort und Familienzentrum
36. Grundstücksangelegenheiten
37. Kindertagesstättenbedarfsplan 2016
38. Städtische Kindertagesstätte Familienzentrum Schillstraße; Umstrukturierung
39. Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte
40. Bericht zur Pflegestruktur 2015
41. 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 12. Dezember 2012
42. Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz
43. Fahrbahnschäden Kaiserstraße;
44. Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Weidmannstraße (O 68)" als Satzung "O 68-VS"
45. Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Denkmalschutzgesetz (DSchG) zur Eintragung bzw. Löschung in das nachrichtlich geführte Verzeichnis der Denkmalliste

## **B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden**

### 46. Gremienbesetzungen

## **TEIL I**

### **Anfragen**

1. Entwicklung Einbrüche und Prävention (CDU)
2. Entwicklung des Tennissportes in Mainz (FDP)
3. Kostenentwicklung für unbegleitete Flüchtlinge in Mainz (Mainzer Bürgerfraktion)
4. Divestment (BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Praxis bei der Anwendung von Sanktionen beim Job-Center Mainz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Steuerverschwendung in Kommunen (Mainzer Bürgerfraktion)
7. Übersichtlichkeit der Haltestellen am Bahnhofsvorplatz (SPD)
8. Hinweisbeschilderung als Besucherleitsystem (SPD)
9. Read Speaker (SPD)
10. Verkehrsführung A 643 – Schiersteiner Brücke (SPD)
11. Waffenkontrolleure in Mainz (SPD)
12. Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Rheinufer – Umsetzung Rahmenplan Rheinufer (ÖDP)
13. Schutz von Nestern und Jungvögeln – Zeiträume für Rückschnittmaßnahmen an Hecken und Bäumen (ÖDP)
14. Internetversorgung im Neubaugebiet Gonsbachterrassen (FW-G)
15. Kosten der Anti-Littering-Aktion (FW-G)
16. Klärschlammverbrennungsanlage Mombach (FW-G)
17. Städtische Rücklagen für die Versorgung von Beamtinnen/Beamte (FW-G)
18. Koordination von Baumaßnahmen (FW-G)
19. Autofreies Wohnen in Mainz (DIE LINKE)
20. Förderung kleiner Kulturinitiativen (DIE LINKE)

21. Städtischen Einzelhandel stärken (FDP)
22. Gesundheitsversorgung von Geflüchteten (DIE LINKE)
23. Schwimmunterricht an Mainzer Schulen (FDP)
24. Fragestunde

### **Anträge**

25. Sicherung des Einzelhandels durch Änderung der Satzung der Stellplatzverpflichtungen (Mainzer Bürgerfraktion)
26. Einsatz zusätzlicher Landesmitteln zur Verbesserung der Kindertages- und Flüchtlingskinderbetreuung (SPD, Bündnis90 Die Grünen, FDP)
27. Weiterentwicklung des städtischen Integrationskonzeptes (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
28. Realschulen plus Schule mit Zukunftsperspektive (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
47. Einwohnerfragestunde

### **b) nicht öffentlich**

48. Künstlerischer und Landschaftsplanerischer Ideenwettbewerb mit Realisierungsabsicht Gedenkort Deportationsrampe Mainz
49. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz

Der Vorsitzende eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit:

Der Antrag Nr. 1008/2016 (Tagesordnungspunkt 25) wurde von der Antrag stellenden Mainzer Bürgerfraktion zurückgezogen.

Es werden zusätzlich aufgrund von Gegenstimmen im Wirtschaftsausschuss aufgenommen:

Vorlage Nr. 0704/2016/1

Vorlage Nr. 0974/2016/1

Vorlage Nr. 0975/2016/1

Die Vorlagen werden unter den zusätzlichen Tagesordnungspunkten 36.7 – 36.9 behandelt.

Herr Dr. Lensch stellt den Antrag, die Tagesordnung dahingehend zu ändern, dass zu Beginn der Teil II abgearbeitet wird und danach mit der üblichen Tagesordnung fortgefahren werden soll.

Mit vorstehenden Änderungen wird der Tagesordnung einstimmig – bei zwei Enthaltungen – zugestimmt.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### TEIL II

#### A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

##### Punkt 29                    Sachstandsberichte

##### Punkt 29.1                Sachstandsbericht zu Antrag 1375/2015 des Mainzer Seniorenbeirates; hier: Die "beSITZbare Stadt" Vorlage: 0533/2016

Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sachstand einstimmig zu. Die Wiedervorlage erfolgt in einem Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.05.2016.

**Punkt 29.2**      **Sachstandsbericht zu Antrag 774/2009 der SPD;**  
**hier: Sperrung der "Rheinschiene" für den Schwerlastverkehr**  
**Vorlage: 0861/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag 774/2009 der SPD in einem Jahr erneut zur Beratung aufzurufen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.06.2016.

**Punkt 29.3**      **Sachstandsbericht zu Antrag 1694/2015 FDP-Stadtratsfraktion**  
**hier: Flüchtlingshilfe optimieren**  
**Vorlage: 0659/2016**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag wird einstimmig für erledigt erklärt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.04.2016.

**Punkt 30**      **Bericht über die Erprobung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bei**  
**der Stadt Mainz**  
**Vorlage: 0981/2016**

Der Haupt- und Personalausschuss und der Stadtrat nehmen den Bericht über die Erprobung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Mainz zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 24.06.2016.

**Punkt 31**      **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO**  
**hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoring-**  
**leistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**  
**Vorlage: 0856/2016**

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0023/2016, 0025/2016 und 0028/2016 wird einstimmig zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungs-



Direktion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 32**            **Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsausschusses und des städtischen Revisionsamtes zu den Jahresabschlüssen 2012-2015;**

**Beschlussfassung über die Feststellung der Jahresabschlüsse 2012-2015 und die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten**

**Vorlage: 0639/2016**

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes übergibt Herr Oberbürgermeister Ebling den Vorsitz an das älteste Ratsmitglied, Frau Willius-Senzer.

Frau Willius-Senzer verweist auf die umfassenden Berichte und ruft – nach einer Wortmeldung von Herrn Behringer – zu den Beschlussfassungen auf.

Auf der Grundlage der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (vier Enthaltungen) – unter Berücksichtigung der im Bericht genannten Feststellungen – die Jahresabschlüsse 2012-2015 festzustellen.

In einer weiteren Abstimmung spricht der Stadtrat ebenfalls einstimmig (drei Enthaltungen) die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten aus.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Vorlage des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses vom 23.06.2016.

Nach den Abstimmungen gibt Frau Willius-Senzer den Vorsitz an Herrn Oberbürgermeister Ebling zurück.

**Punkt 33**            **Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel**  
**hier: Erhöhung der Ansätze für die Projekte aus dem Investitionsplan 2015 der GWM nach der Übernahme in den städtischen Haushalt**  
**Vorlage: 0647/2016**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 7.924.436 EUR im Haushaltsjahr 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.06.2016.

**Punkt 34**            **Wirtschaftliche Beteiligungen**

**Punkt 34.1**            **Wirtschaftliche Beteiligungen: Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG);**  
**hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015**  
**Vorlage: 0876/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei einer Enthaltung –:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH für das Jahr 2015 mit einer Bilanzsumme i. H. v. 121.611.940,40 € und einem Jahresüberschuss i. H. v. 289.467,50 €,
2. den Ergebnisverwendungsvorschlag, den Jahresüberschuss 2015 i. H. v. 289.467,50 € zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. 4.994.735,94 € auf neue Rechnung vorzutragen,
3. die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2015,
4. die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2015,
5. den Prüfbericht der Dornbach Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

Die Ratsmitglieder Dr. Brian Huck, Nora Egler, Henning Franz und Waltraud Hingst nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

**Punkt 34.2**            **Wirtschaftliche Beteiligungen; EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH;**  
**hier: Jahresabschluss zum 31.12.2015**  
**Vorlage: 0918/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei drei Enthaltungen – über:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses der EGM Entsorgungsgesellschaft Mainz mbH für das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.381.180,10 EUR bzw. einem Bilanzgewinn in Höhe von 36.426.722,70 EUR,
2. die Entlastung der Geschäftsführung der EGM für das Geschäftsjahr 2015,
3. die Entlastung des Verwaltungsrates der EGM für das Geschäftsjahr 2015,
4. den Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 36.426.722,70 EUR einen Betrag in Höhe von 1.000.000,00 EUR an die Gesellschafter auszuschütten und den Restbetrag in Höhe von 35.426.722,70 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
5. den Prüfungsbericht der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

Die Ratsmitglieder Dr. Eleonore Lossen-Geißler und Ute Wellstein nahmen an der Beratung und Beschlussfassung gemäß § 22 GemO nicht teil.

**Punkt 34.3**      **Wirtschaftliche Beteiligungen; hier: Sacheinlage der Alten Rheingoldhalle in die Rheingoldhallen GmbH & Co.KG**  
**Vorlage: 0888/2016**

Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen – vorbehaltlich der Prüfung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Trier –:

1. Die Erhöhung der Beteiligung der Stadt Mainz an der Rheingoldhalle GmbH & Co.KG von 20 % auf 50 % durch Erhöhung des Kommanditkapitals um 1.680.000 EUR auf 2.240.000 EUR und Einstellung des Differenzbetrags zum Verkehrswert in das Kapitalrücklagenkonto der Stadt Mainz.
2. Die Erhöhung des Anteils der Stadt Mainz an der Rheingoldhalle Verwaltungsgesellschaft mbH von 20 % (5.000 EUR) auf 50 % (12.500 EUR) durch Erwerb eines Geschäftsanteils von der Parken in Mainz GmbH i. H. v. 14.005 EUR und eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. 14.005 EUR.
3. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Rheingoldhalle GmbH & Co.KG.
4. Die Änderung des Gesellschaftsvertrags der Rheingoldhalle Verwaltungsgesellschaft mbH.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 34.4**      **Wirtschaftliche Beteiligungen; Stadtwerke Mainz AG;**  
**hier: Umfirmierung der Stadtwerke Mainz Aktiengesellschaft in Mainzer Stadtwerke AG**  
**Vorlage: 0913/2016**

Der Stadtrat stimmt der Umfirmierung der Stadtwerke Mainz Aktiengesellschaft in Mainzer Stadtwerke AG einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 34.5**      **Wirtschaftliche Beteiligungen, Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (GVG);**  
**Einbringung der Anteile der Stadt Mainz an der GVG in Höhe von 49,9% in die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mit beschränkter Haftung (ZBM)**  
**Vorlage: 0889/2016**

Der Stadtrat beschließt mit Mehrheit (drei Gegenstimmen) – vorbehaltlich der Prüfung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Trier –:

1. das Stammkapital der Grundstücksverwaltungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (GVG) aufgrund der Umstellung auf Euro von 30.357.648,67 EUR um 51,33 EUR auf 30.357.700,00 EUR (in Worten: dreißig Millionen dreihundertsiebenundfünfzigtausendsiebenhundert Euro) zu

erhöhen,

2. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 51,33 EUR,
3. die Übertragung eines Teilgeschäftsanteils der Stadt Mainz an der GVG in Höhe von 15.148.992,00 € (49,9 %) auf die Zentrale Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM) zum Buchwert,
4. den Gesellschaftsvertrag der GVG entsprechend dem in der Anlage vorgelegten Entwurf anzupassen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 35**            **Kita Friedrich-Ebert-Schule, Neubau mit Krippe, Hort und Familienzentrum;**  
**hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2016**  
**Vorlage: 0971/2016**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 964.640,54 EUR im Haushaltsjahr 2016.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 36**            **Grundstücksangelegenheiten**

**Punkt 36.1**        **Grundstücksangelegenheit;**  
**Anmietung von Räumlichkeiten zur Einrichtung einer Kinderkrippe**  
**Vorlage: 0935/2016**

Der Stadtrat ermächtigt einstimmig die Verwaltung, Räumlichkeiten in einer Größe von rd. 653 m<sup>2</sup> in der Dagobertstraße 1, 55116 Mainz, zur Einrichtung einer Kinderkrippe ab 01.01.2017 für die Dauer von 20 Jahren anzumieten. Die Miete beträgt monatlich anfänglich 11.390 € inkl. Neben- und Betriebskostenvorauszahlung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.06.2016.

**Punkt 36.2**        **Grundstücksangelegenheit;**  
**Verkauf des städtischen Grundstücks Gemarkung Petterweil, Flur 1,**  
**Nr. 189/1**  
**Vorlage: 0984/2016**

Mit Mehrheit (drei Gegenstimmen) beschließt der Stadtrat:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Grundstück Gemarkung Petterweil, Flur 1, Nr. 189/1 (441 m<sup>2</sup>), an einen Interessenten aus Berlin zu verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 239.816,00 €.

### Besondere Vertragsbedingungen:

Dem Käufer ist bekannt, dass ein Mietvertrag existiert und dieser übernommen werden muss.

Alle mit dem Kaufvertrag und seiner Durchführung verbundenen Kosten bei Notar und Gericht sowie die Grunderwerbssteuer sind vom Erwerber zu tragen.

Ansonsten gelten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.06.2016.

### **Punkt 36.3      Grundstücksangelegenheit; Verkauf des städtischen Grundstücks Gemarkung Mainz, Flur 10, Nr. 690 Vorlage: 0977/2016**

Mit Mehrheit (drei Gegenstimmen) fasst der Stadtrat nachstehenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Grundstück Gemarkung Mainz, Flur 10, Nr. 690, 1.290 m<sup>2</sup>, an eine Projektgesellschaft aus Ingelheim am Rhein zu verkaufen. Der Kaufpreis beträgt insgesamt 423.100,00 €.

### Besondere Vertragsbedingungen:

Auf dem Grundstück lasten noch wiederkehrende Beiträge für öffentliche Verkehrsanlagen in Höhe von 7.203,54 €. Der Käufer verpflichtet sich, diesen Betrag zu übernehmen.

Auf dem Grundstück befinden sich Gebäude, die vor dem Neubau abgerissen werden müssen. Diese können potentieller Lebensraum für Gebäudebrüter sein. Diese Tiere sowie ihre Nist- und Ruhestätten unterliegen dem Zugriffsverbot des § 44 Bundesnaturschutzgesetz. Vor Abriss des Gebäudes ist eine fachgutachterliche Prüfung erforderlich, die den Nachweis erbringt, ob und in welchem Umfang Tiere oder Nist- und Ruhestätten der besonders oder streng geschützten Arten vorkommen und beeinträchtigt werden. Geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen sind darzulegen. Bis zum Befinden über die naturschutzrechtliche Zulässigkeit darf mit dem Abriss nicht begonnen werden. Mit dem Grün- und Umweltamt ist diesbezüglich frühzeitig Kontakt aufzunehmen.

Die Abrisskosten für die bestehenden Gebäude sind im Kaufpreis berücksichtigt werden vom Käufer übernommen. Es handelt sich hierbei um eine Pauschale, unabhängig von den tatsächlich entstehenden Kosten.

Dem Käufer ist bekannt, dass die Lagerräume schadstoffbelastet sind.

Der Käufer verpflichtet sich ebenfalls, im Bereich des Grundstückes Boppstraße 60 a auf dem Dach der hier noch zu erstellenden Gemeinschaftstiefgarage Flächen für die Realisierung von Bauvorhaben interessierter Baugemeinschaften im Sinne des Stadtratsbeschlusses vom 02.12.2015 vorzuhalten. Der Käufer verpflichtet sich, unmittelbar nach der Beurkundung des Kaufvertrages in geeigneter Weise in der Öffentlichkeit entsprechend Akquise zu betreiben. Er verpflichtet sich weiter, ab dem Zeitpunkt der notariellen Beurkundung des Kaufvertrages, be-

sagte Fläche für die Dauer von 9 Monaten zu reservieren und keinem anderen Interessenten anzubieten oder an diesen zu veräußern. Die Betreuung der Baugemeinschaft erfolgt in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Pohlmann-Post-Lückmann.

Deutet sich bis zum Ablauf der genannten Wartefrist kein Baugemeinschaftsprojekt ab, kann der Käufer dieses Teilgrundstück nach seinen Vorstellungen im Rahmen des rechtskräftigen Bauvorbescheides vermarkten.

Der öffentliche Verkehrsraum ist durch die Erschließung (Josefstraße) möglichst wenig zu beeinträchtigen. Die Abteilung Verkehrsplanung ist frühzeitig bei der Planung zu beteiligen.

Ansonsten gelten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 30.06.2016.

**Punkt 36.4**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**Einbringung der Liegenschaft Rheingoldhalle in die Rheingoldhalle**  
**GmbH & Co. KG**  
**Vorlage: 0979/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. die Einbringung der bebauten Grundstücke

**Gemarkung Mainz**

Flur 25, Nr. 157/3, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 66, 6.281 qm

Flur 25, Nr. 157/9, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 66, 183 qm

Flur 25, Nr. 172/5, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 66, 455 qm

Gesamt: 6.919 qm

in die Rheingoldhalle GmbH & Co. KG im Wege einer Sacheinlage einzubringen. Der Wert der Grundstücke beträgt insgesamt 2,5 Mio. Euro.

2. Die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Rheingoldhalle GmbH & Co. KG.

Hierzu fertigt das Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport eine gesonderte Vorlage.

**Besondere Vertragsbedingungen:**

Die Erwerberin übernimmt den Grundbesitz inklusive der Aufbauten in ihrem derzeitigen Zustand. Ansprüche gegenüber der Stadt Mainz aufgrund des derzeitigen Zustandes der vorhandenen Aufbauten können nicht geltend gemacht werden. Die Stadt Mainz ist von Ansprüchen Dritter jeglicher Art freizustellen.

Besitzübergang ist am 01.09.2016. Ab diesem Zeitpunkt gehen alle Rechte und Pflichten, Nutzen und Lasten, Steuern und öffentliche Abgaben, die Bauunterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht auf die Erwerberin über.

Bestehende Baulasten an dem Grundbesitz (z. B. Vereinigungsbauast), grundbuchliche Belastungen (z. B. Überbaurecht) sind ohne Entschädigung zu übernehmen.

Bereits vorhandene Leitungen und Einrichtungen der Versorgungsträger (Telekom, HKW, Stadtwerke und Andere) sind, sofern erforderlich, grundbuchlich durch Eintragung von Dienstbarkeiten abzusichern.

Der künftige Nutzungszweck als Veranstaltungs- und Kongresseinrichtung ist dauerhaft abzusichern.

Alle den Grundbesitz betreffenden Nutzungs- und Bewirtschaftungsverträge, insbesondere der Pachtvertrag vom 04.03.1993 nebst Nachträgen I-III und der Bewirtschaftungsvertrag vom 17.06.2008, sind zu übernehmen. Der Pachtvertrag vom 04.03.1993 enthält besondere Regelungen für die Vereinsnutzung und die Eigennutzung durch die Stadt Mainz.

Die Stadt Mainz übernimmt keine Kosten für die Beseitigung eventuell vorhandener Altlasten.

Es gelten ansonsten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen für Grundstücksverkäufe der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 36.5**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**Erwerb des Grundbesitzes Gemarkung Mainz, Flur 5, Nr. 324, Große Bleiche**  
**1 und Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel**  
**Vorlage: 0976/2016**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen

A.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Grundstück Gemarkung Mainz, Flur 5, Nr. 324, Große Bleiche 1 - 466 m<sup>2</sup> von der Stadt Wiesbaden zu einem Kaufpreis von 1,2 Mio. € zu erwerben. Der Kaufpreis ist fällig und zahlbar spätestens 4 Wochen nach Beurkundung des Kaufvertrages. Alle mit dem Kaufvertrag verbundenen Kosten bei Notar, Gericht sowie Grunderwerbsteuer sind von der Stadt Mainz zu tragen.

B.

Überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 1,3 Mio. Euro werden bei dem Investitionsprojekt „Bahnhofstraße / Münsterplatz“ im Teilhaushalt von 61, Kostengruppe 100 „Grunderwerb“ für den Ankauf bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 36.6**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**hier: Einbringung der Liegenschaften Bürgerhaus Finthen, Bürgerhaus**  
**Hechtsheim, Bürgerhaus Lerchenberg in die Mainzer Bürgerhäuser**  
**GmbH & Co. KG**  
**Vorlage: 0890/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei einer Enthaltung –:

die Einbringung der bebauten Grundstücke

**Gemarkung Finthen**

Flur 1, Nr. 1368

4.552 m<sup>2</sup>

nachstehend als „Bürgerhaus Finthen“ bezeichnet,

**Gemarkung Hechtsheim**

Flur 1, Nr. 602/12

5.612 m<sup>2</sup>

nachstehend als „Bürgerhaus Hechtsheim“ bezeichnet,

**Gemarkung Bretzenheim**

Flur 15, Nr. 560

21.674 m<sup>2</sup>

nachstehend als „Bürgerhaus Lerchenberg“ bezeichnet,

in die Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG als Sacheinlagen in die Kapitalrücklage der Kommanditgesellschaft.

**Besondere Vertragsbedingungen:**

1. Die Erwerberin übernimmt den Grundbesitz inklusive der Aufbauten und vorhandenem Inventar in ihrem derzeitigen Zustand zum 01.09.2016. Ansprüche gegenüber der Stadt Mainz aufgrund des derzeitigen Zustandes der vorhandenen Aufbauten können nicht geltend gemacht werden. Die Stadt Mainz ist von Ansprüchen Dritter jeglicher Art freizustellen.
2. Die Erwerberin übernimmt alle bestehenden vertraglichen Verpflichtungen - insbesondere gegenüber der Betriebsführerin mainzplus Citymarketing GmbH - und verpflichtet sich, die Bürgerhäuser Finthen und Lerchenberg bis einschließlich 31.03.2017 in der bisherigen Form weiter zu führen. Hierfür erhält die Erwerberin von der Stadt Mainz die nötigen Mittel im Rahmen der haushalterischen Voraussetzungen. Die Erwerberin wird im Gegenzug die derzeit von der Stadt Mainz genutzten Flächen (Ortsverwaltungen, Jugendzentren, etc.) bis 31.03.2017 weiterhin kostenfrei zur Verfügung stellen.
3. Die Stadt Mainz übernimmt keine Kosten für die Beseitigung eventuell vorhandener Altlasten.



4. Die Erwerberin verpflichtet sich in den drei Einbringungsobjekten für die Stadt Mainz Räume zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben, für Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung und für Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge einzuplanen, zu errichten und ihr diese nach Fertigstellung anzubieten. Die Stadt kann Aufgaben der Daseinsvorsorge auch von Dritten ausführen lassen, denen sie dafür Räume entgeltlich überlässt. Über Einzelheiten, insbesondere über Nutzungszwecke und die dafür erforderliche Raumgröße entscheidet der Stadtrat.
5. Die Erwerberin wird für die drei Einbringungsobjekte mit der Stadt Regelungen vereinbaren, die Maß und Entgelt für die Nutzung von Tagungseinrichtungen für öffentliche Zwecke der Stadt bestimmen.

Es gelten ansonsten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen für Grundstücksverkäufe der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.06.2016.

**Punkt 36.7**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**Veräußerung des stadt eigenen Grundstücks Gemarkung Mainz, Flur 1,**  
**Nr. 131, Hänleingäßchen 1**  
**Vorlage: 0704/2016/1**

Ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschließt der Stadtrat:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Grundstück

**Gemarkung Mainz**

**Flur 1, Nr. 131 – Gebäudefläche, Hänleingäßchen 1 – 64 qm**

an den meist bietenden Bewerber bzw. eine entsprechende Besitzgesellschaft des Bewerbers zu einem Kaufpreis von 93.000,00 € zu veräußern.

Für den Verkauf des Objektes wurde ein Interessenbekundungs- und Bewerberverfahren durchgeführt. Falls ein Kaufvertrag mit diesem Bewerber nicht zustande kommt, wird die Verwaltung weiter ermächtigt, das Objekt an den Bieter mit dem nächsthöchsten Gebot zu veräußern.

Es gelten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen für Grundstücksverkäufe der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.07.2016.

**Punkt 36.8**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**Verkauf einer Teilfläche in der Größe von 126 qm aus dem städtischen**  
**Grundstück Gemarkung Kostheim, Flur 1, Nr. 8/3 - Maarastraße 5**  
**Vorlage: 0974/2016/1**

Mehrheitlich (drei Gegenstimmen) beschließt der Stadtrat:

Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Teilfläche des städtischen Grundstücks

**Gemarkung Kostheim**  
Flur 1, Nr. 8/3 – Maarastraße 5,

die neu vermessen wurde und zukünftig das Grundstück Gemarkung Kostheim, Flur 1, Nr. 8/4 in der Größe von 126 qm bildet, an die Erwerber, 2 Personen aus Hochheim/ M. zum Preis von 80.640,00 € (dies entspricht 640.- €/qm) zu veräußern.

Ein auf dem Grundstück Gemarkung Kostheim, Flur 1, Nr. 8/3 lastendes Wegerecht zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers der Parzelle Nr. 15/8 wird von den Käufern übernommen.

Ansonsten gelten die allgemein üblichen Vertragsbedingungen der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.07.2016.

**Punkt 36.9**      **Grundstücksangelegenheit;**  
**Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstücks Gemarkung Gonsenheim, Flur 12, Nr. 86/12 - Kleingartenanlage Gleisbergweg**  
**Vorlage: 0975/2016/1**

Mehrheitlich (drei Gegenstimmen) fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Teilfläche des städtischen Grundstücks

**Gemarkung Gonsenheim**  
Flur 12, Nr. 86/12 – Kleingartenanlage Gleisbergweg

in der Größe von ca. 230 qm an einen in Mainz lebenden Erwerber oder eine noch von ihm mit seinem Sohn zu gründende Gesellschaft zum Preis von 93.150.- € zu veräußern. Dies entspricht einen Preis von 405.- €/qm.

Nach der Vermessung sich ergebende Mehr- oder Minderflächen werden auf der Basis von 405.- €/qm unter den Vertragsparteien ausgeglichen.

Alle mit der Durchführung des Kaufvertrages entstehenden Kosten inklusive der Vermessungskosten trägt der Erwerber.

Ansonsten gelten die allgemein üblichen Bedingungen für den Verkauf von Grundstücken oder Grundstücksteilen der Stadt Mainz.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.07.2016.

**Punkt 37**            **Kindertagesstättenbedarfsplan 2016**  
**Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes mit einer Prognose**  
**bis 2020**  
**Vorlage: 0862/2016**

Der Stadtrat nimmt den Kindertagesstättenbedarfsplan 2016 zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.06.2016.

**Punkt 38**            **Städtische Kindertagesstätte Familienzentrum Schillstraße;**  
**Umstrukturierung**  
**Vorlage: 0855/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Umwandlung einer kleinen altersgemischten Gruppe in eine geöffnete Kindergartengruppe in der städtischen Kindertagesstätte Familienzentrum Schillstraße.

Die Stundenzahl für die Küchenkräfte wird um fünf Stunden erhöht. Die neuen Plätze werden in den Kindertagesstättenbedarfsplan der Stadt Mainz aufgenommen.

Um schnell und flexibel auf die jeweilige Bedarfssituation eingehen zu können wird darüber hinaus folgende Regelung beschlossen:

„Grundsätzlich werden zukünftig die Anpassungen der Betreuungsangebote in den städtischen Kindertagesstätten entsprechend dem aktuellen Bedarf vorgenommen und ggf. Gruppen bedarfsgerecht umgewandelt. Eine zusätzliche Beschlussvorlage für die städtischen Gremien muss nur in Fällen mit personeller und/oder finanzieller Auswirkung erfolgen.“

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 14.06.2016.

**Punkt 39**            **Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte**  
**hier: Teilnahme am Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung**  
**und Forschung**  
**Vorlage: 0793/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig

- die Teilnahme an dem Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und For-

- schung „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“,
- die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 47.405 € für das Haushaltsjahr 2016, in Höhe von 124.158 € für das Haushaltsjahr 2017 und in Höhe von 82.773 € für das Haushaltsjahr 2018 des jeweiligen Gesamtabschlusses,
- die überplanmäßige Einrichtung im Stellenplan 2016 und die Berücksichtigung im Stellenplan 2017/2018 von zwei befristeten Stellen.

Die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln und die überplanmäßige Einrichtung von zwei befristeten Stellen stehen unter dem Vorbehalt, dass eine Aufnahme in das Förderprogramm erfolgt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.06.2016.

**Punkt 40**            **Bericht zur Pflegestruktur 2015**  
**Vorlage: 0593/2016**

Der Bericht zur Pflegestruktur 2015 wird vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Gegenstand der Beratung ist die Verwaltungsvorlage vom 26.04.2016.

**Punkt 41**            **9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 12. Dezember 2012**  
**Vorlage: 0566/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei drei Enthaltungen – die als Anlage der Vorlage beige-fügte 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Mainz und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung) vom 1. Januar 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 12. Dezember 2012.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 03.05.2016.

**Punkt 42**            **Entsorgungsbetrieb der Stadt Mainz;**  
**hier: Prüfbericht über den Jahresabschluss 2015 und Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresergebnisses**  
**Vorlage: 0841/2016**

Mit Mehrheit (drei Gegenstimmen) beschließt der Stadtrat:

Der Jahresgewinn von 1.442.751,97 € wird festgestellt und nach Abzug der nach § 8 Absatz

3 KAG zu erwirtschafteten Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 523.383,23 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Entwurf des Prüfberichts über den Jahresabschluss 2015 liegt den Fraktionen zur Einsicht vor.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.06.2016.

**Punkt 43**            **Fahrbahnschäden Kaiserstraße;**  
**hier: Variantenentscheidung Straßenumbau**  
**Vorlage: 0859/2016**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen die Realisierung der Variante 4 – Reduzierung der Fahrspurbreiten zur Behebung der Fahrbahnschäden mit Erhalt der Straßenbäume.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 10.06.2016.

**Punkt 44**            **Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes**  
**"Weidmannstraße (O 68)" als Satzung "O 68-VS";**  
**hier: Beschluss gem. §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB**  
**Vorlage: 0864/2016**

Der Stadtrat beschließt einstimmig gemäß §§ 16 und 17 i. V. m. § 14 BauGB für den Bereich des Bebauungsplanentwurfes "Weidmannstraße (O 68)" die Veränderungssperre als Satzung "O 68-VS".

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.06.2016.

**Punkt 45**            **Anhörung der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Satz 5 Denkmalschutzgesetz**  
**(DSchG) zur Eintragung bzw. Löschung in das nachrichtlich geführte**  
**Verzeichnis der Denkmalliste;**  
**hier: Eintragung in die Denkmalliste (Stand Juni 2016)**  
**Vorlage: 0891/2015**

Einstimmig beschließt der Stadtrat, keine Bedenken und Anregungen geltend zu machen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 28.06.2016.

## B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

### Punkt 46      Gremienbesetzungen Vorlage: 0004/2016

Der Stadtrat wählt einstimmig bzw. bestätigt die nachfolgenden Personen in den entsprechenden Ausschüssen und sonstigen Gremien:

#### 1. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der AWO wird als beratendes Mitglied

**Nicole Dumno**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### 2. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Elternschaft der Realschulen Plus wird als Stellvertretung

**Lyliette Arellano**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Elternschaft der Integrierten Gesamtschulen wird als Stellvertretung

**Susanne Feldmann**

in das o. g. Gremium gewählt.

#### 3. AG Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses

(10 25 07 / 33-24)

Auf Vorschlag des Stadtelternausschusses werden folgende Personen

in das o. g. Gremium gewählt:

**Uta Körnig (Stellvertretung)**

**Niels Becker (Mitglied)**

**Stefan Scheffe (Stellvertretung)**

**Julia Schier (Mitglied)**

**Anna Kabala (Stellvertretung)**

#### 4. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag der Johanniter-Unfallhilfe wird als Stellvertretung

**Vanessa Fladung**

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Mainzer Bürgerfraktion wird als Nachfolger von Frau Sachs

**Bernd Zander**

in das o. g. Gremium gewählt.

## **5. Zusätzliche Stellvertretung in Ausschüssen**

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zusätzlicher Stellvertreter

**Linus Junginger**

in alle Ausschüsse mit allgemeiner Stellvertretungsregelung gewählt. Dies gilt nicht für den Jugendhilfeausschuss und die Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 12.07.2016.

## **TEIL I**

### **Anfragen**

#### **Punkt 1**            **Entwicklung Einbrüche und Prävention (CDU)** **Vorlage: 0815/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator in Vertretung von Herrn Beigeordneten Sitte ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

#### **Punkt 2**            **Entwicklung des Tennissportes in Mainz (FDP)** **Vorlage: 0819/2016**

Die Anfrage wurde von Herrn Bürgermeister Beck beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 3**                    **Kostenentwicklung für unbegleitete Flüchtlinge in Mainz**  
**(Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 0870/2016**

Zu der vorliegenden Antwort bittet Herr Prof von Stuhr um Beantwortung der Frage, wer für die auswärtige Unterbringung der fünf genannten Jugendlichen aufkommt sowie um Erläuterung, wer der überörtliche Träger der Jugendhilfe ist.

Hierzu teilt Herr Beigeordneter Merkator mit, dass der überörtliche Träger der Jugendhilfe das Land Rheinland-Pfalz sei, der auch die Kosten übernehme – mit Ausnahme einer eventuellen Erziehungshilfe, die die Stadt Mainz zu tragen hätte.

**Punkt 4**                    **Divestment (BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0895/2016**

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 5**                    **Praxis bei der Anwendung von Sanktionen beim Job-Center Mainz**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0962/2016**

Von der Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator nimmt der Stadtrat ohne Zusatzfragen Kenntnis.

**Punkt 6**                    **Steuerverschwendung in Kommunen (Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 1007/2016**

Die Anfrage wurde von Herrn Oberbürgermeister Ebling beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 7**                    **Übersichtlichkeit der Haltestellen am Bahnhofsvorplatz (SPD)**  
**Vorlage: 1047/2016**

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.



**Punkt 8**            **Hinweisbeschilderung als Besucherleitsystem (SPD)**  
**Vorlage: 1048/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

**Punkt 9**            **Read Speaker (SPD)**  
**Vorlage: 1049/2016**

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 10**          **Verkehrsführung A 643 – Schiersteiner Brücke (SPD)**  
**Vorlage: 1050/2016**

Frau Dr. Lossen-Geißler erklärt, dass sich die Frage auf die Auffahrt, nicht um die Abfahrt beziehe. Sie fragt deshalb nach, ob hier noch eine ergänzende Antwort vorgelegt werden könne, was mit „Ja“ beantwortet wird.

**Punkt 11**          **Waffenkontrolleure in Mainz (SPD)**  
**Vorlage: 1051/2016**

Die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

**Punkt 12**          **Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Rheinufer – Umsetzung  
Rahmenplan Rheinufer (ÖDP)**  
**Vorlage: 1052/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse zur Kenntnis.

**Punkt 13**          **Schutz von Nestern und Jungvögeln – Zeiträume für Rückschnittmaßnahmen  
an Hecken und Bäumen (ÖDP)**  
**Vorlage: 1053/2016**

Zu der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 14**            **Internetversorgung im Neubaugebiet Gonsbachterrassen (FW-G)**  
**Vorlage: 1067/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte zur Kenntnis.

**Punkt 15**            **Kosten der Anti-Littering-Aktion (FW-G)**  
**Vorlage: 1068/2016**

Die Antwort von Frau Beigeordneter Eder liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 16**            **Klärschlammverbrennungsanlage Mombach (FW-G)**  
**Vorlage: 1069/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Frau Beigeordneter Eder ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

**Punkt 17**            **Städtische Rücklagen für die Versorgung von Beamtinnen/Beamte (FW-G)**  
**Vorlage: 1071/2016**

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 18**            **Koordination von Baumaßnahmen (FW-G)**  
**Vorlage: 1072/2016**

Die Antwort wurde von Frau Beigeordneter Eder vorgelegt. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

**Punkt 19**            **Autofreies Wohnen in Mainz (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 1078/2016**

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse zur Kenntnis.

**Punkt 20**            **Förderung kleiner Kulturinitiativen (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 1080/2016**

Die Antwort von Frau Beigeordneter Grosse liegt vor. Zusatzfragen gibt es keine.

**Punkt 21**            **Städtischen Einzelhandel stärken (FDP)**  
**Vorlage: 1081/2016**

Zu der vorliegenden Antwort von Herrn Beigeordneten Sitte werden keine Zusatzfragen gestellt.

**Punkt 22**            **Gesundheitsversorgung von Geflüchteten (DIE LINKE)**  
**Vorlage: 1082/2016**

Unter Hinweis auf die Antwort zu Nr. 9 bittet Frau Hingst, die Kosten aufgeschlüsselt darzulegen. Herr Beigeordneter Merkator sagt dies zu.

**Punkt 23**            **Schwimmunterricht an Mainzer Schulen (FDP)**  
**Vorlage: 1083/2016**

Der Stadtrat nimmt die Antwort von Herrn Beigeordneten Merkator ohne Zusatzfragen zur Kenntnis.

**Punkt 24**            **Fragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Fragen einzelner Ratsmitglieder eingereicht.

**Anträge**

**Punkt 25**            **Sicherung des Einzelhandels durch Änderung der Satzung der Stellplatzverpflichtungen (Mainzer Bürgerfraktion)**  
**Vorlage: 1008/2016**

Dieser Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Antrag stellenden Mainzer Bürgerfraktion zurückgezogen.

**Punkt 26**            **Einsatz zusätzlicher Landesmitteln zur Verbesserung der Kindertages- und Flüchtlingskinderbetreuung (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 1073/2016**

Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird von Frau Westrich (SPD), Frau Jaensch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herrn Strutz (FDP) begründet. In ihren Stellungnahmen signalisiert Frau Schäfer für DIE LINKE Zustimmung zum Antrag, Herr Prof. von Stuhr erklärt für die Mainzer Bürgerfraktion, dass keine Zustimmung erteilt werden könne.

Nach kurzer Stellungnahme von Herrn Beigeordneten Merkator wird dem Antrag bei der sich anschließenden Abstimmung einstimmig zugestimmt.

**Punkt 27**            **Weiterentwicklung des städtischen Integrationskonzeptes**  
**(SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 1074/2016**

Die Mitglieder des Stadtrates, Frau Canpolat für die SPD, Frau Dr. Littig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Herr Strutz für die FDP übernehmen die Begründung des gemeinsamen Antrages ihrer Fraktionen. Frau Hingst für DIE LINKE und Herr Prof. von Stuhr für die Mainzer Bürgerfraktion erklären jeweils, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne.

Nach einigen kurzen Worten des Vorsitzenden wird der Antrag sodann bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen.

**Punkt 28**            **Realschulen plus Schule mit Zukunftsperspektive**  
**(SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**  
**Vorlage: 1075/2016**

Der gemeinsame Antrag wird von Herrn Koppius (FDP), Frau Zimmer (SPD) und Frau Jaensch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet. Herr Proske erklärt für DIE LINKE, dass seine Fraktion gegen den Antrag stimmen werde.

Nach Stellungnahme des Schuldezernenten, Herrn Beigeordneten Merkator, wird der Antrag bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen.

**Punkt 47**            **Einwohnerfragestunde**

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden keine Fragen gestellt.

**Ende der Sitzung: 16:20 Uhr**

**gez. Michael Ebling**  
**Vorsitz**

**gez. Detlef Blessing**  
**Schriftführung**